

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Insa Bloem

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Todesurteil Abdul Qader Mollahs vollstreckt

Der stellvertretende Generalsekretär der islamistischen Partei *Jamaat-e-Islami*, Abdul Qader Mollah, wurde am 12. Dezember 2013 im Zentralgefängnis von Dhaka hingerichtet. Mollah war am 5. Februar 2013 zunächst wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Unabhängigkeitskrieges 1971 vom nationalen Kriegsverbrechertribunal zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Nach massiven öffentlichen Protesten hatte die Regierung jedoch eine Wiederaufnahme des Verfahrens beim Obersten Gerichtshof erwirkt, woraufhin die höchsten Richter am 17. September 2013 die Todesstrafe verhängten. Der Hinrichtung folgten landesweit gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der *Jamaat-e-Islami* und staatlichen Sicherheitskräften. Zudem kam es zu einer Vielzahl von Gewalttaten gegen religiöse Minderheiten und indigene Völker, vornehmlich durch Islamisten.

Zehnte Parlamentswahl: „Sieg“ für die *Awami League*

Die Bevölkerung Bangladeschs hat am 6. Januar 2014 ihr zehntes Parlament gewählt. Die Wahlen waren von gewaltsamen Ausschreitungen, dem Boykott aller wichtigen Oppositionsparteien und einer niedrigen Wahlbeteiligung geprägt. Die bisherige Regierungspartei *Awami League* gewann die Wahlen deutlich mit 232 von 300 Sitzen. Gewählt wurde jedoch nur in 147 von 300 Wahlbezirken. In den restlichen Bezirken war aufgrund des Boykotts der Opposition nur jeweils ein Kandidat zur Wahl aufgestellt worden. Knapp der Hälfte der 91 Millionen Wahlberechtigten blieb der Zugang zur Wahlurne verwehrt. 127 dieser kampflos gewonnenen Bezirke gingen an die *Awami League*. Während die Wahlbeteiligung laut Angaben der Wahlkommission Bangladeschs bei 40 Prozent lag, sprechen bangladeschische Nichtregierungsorganisationen und Journalisten, die die Wahl beobachteten, von einer Beteiligung von nur maximal 30 Prozent. Die Regierung betonte, dass eine Wahlbeteiligung von 40 Prozent ausreiche, um die Führung der Amtsgeschäfte zu legitimieren. Auch wies sie darauf hin, dass die Opposition ein Klima der Angst geschaffen hätte, das Menschen vom Gang in die Wahllokale abgehalten habe. So hatte die Oppositionsführung die Bevölkerung dazu aufgerufen, die Wahlen zu boykottieren, da diese nicht frei und fair seien. Gewaltbereite Gruppen, die der Opposition zugerechnet werden, hatten zudem

nach offiziellen Angaben am Tag vor der Wahl und am Wahltag 127 Wahllokale in Brand gesetzt. Die Opposition wertete die geringe Wahlbeteiligung wiederum als Erfolg ihres Boykotts. Sowohl am Wahltag als auch an den darauffolgenden Tagen kam es in weiten Teilen des Landes zu gewaltsamen Ausschreitungen und Übergriffen, bei denen 20 Menschen ums Leben kamen. So wurden landesweit Tausende Angehörige religiöser Minderheiten und indigener Völker mutmaßlich von Anhängern islamistischer Gruppen und der Opposition angegriffen und deren Häuser, Geschäfte und Gebetsstätten zerstört. Unter dem Deckmantel islamistischer Gewalt nutzten aber auch andere Personen die Gelegenheit, um Minderheiten von ihrem Land zu vertreiben, mit dem Ziel, sich deren Land für die Nutzung zu wirtschaftlichen Zwecken anzueignen. Die Polizei berichtete von etwa 160 Übergriffen auf Hindus. Viele Menschen suchten in Wäldern oder auf Feldern Schutz. Die Opposition forderte nach der Wahl zu Neuwahlen auf, die von einer parteineutralen Übergangsregierung durchgeführt werden sollten. Die Regierung bereitet die Formierung des neuen Kabinetts vor, verkündete jedoch ihre Offenheit für einen politischen Dialog mit der Opposition, der gegebenenfalls in Neuwahlen münden könnte. Dafür müsse die größte nun außerparlamentarische Oppositionspartei, die *Bangladesh Nationalist Party* (BNP), sämtliche Generalstreiks beenden, zu Gewaltverzicht aufrufen und sich von ihrem Koalitionspartner *Jamaat-e-Islami*, der größten islamistischen Partei des Landes, lossagen. Die internationale Gemeinschaft machte ihre Enttäuschung über den Verlauf der Wahlen deutlich. Weder die EU, die USA, die Vereinten Nationen noch die Commonwealth-Staaten hatten Wahlbeobachter nach Bangladesch geschickt. Die deutsche Bundesregierung äußerte nach der Wahl, dass diese den Willen des Volkes nicht zum Ausdruck bringen können. Auch zeigte sie sich bestürzt angesichts der massiven Gewalt und der Todesopfer, die die Wahl gefordert hatte. Am 16. Januar veröffentlichte das Europäische Parlament eine Resolution zu Bangladesch. Darin wird bedauert, dass es den Parteien in Bangladesch nicht gelungen sei, inklusive Wahlen durchzuführen und die Gewalt vor, während und nach den Wahlen, vor allem die Gewalt gegen religiöse Minderheiten und indigene Völker, verurteilt. Die Resolution ruft dazu auf, alle Optionen – auch Neuwahlen – zu prüfen, um zu gewährleisten, dass in Bangladesch eine repräsentative Demokratie praktiziert werde. Darüber hinaus fordert das Parlament die Europäische Kommission auf,

einen Prozess zu unterstützen, der politische Repräsentanz gewährleistet und der es den Menschen in Bangladesch ermöglicht, zwischen politischen Optionen zu wählen. Das Europäische Parlament regt an, im Rahmen einer Projekt-Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft diesen Prozess zu unterstützen. Der Verlauf der Parlamentswahlen hat zudem Auswirkungen auf die aktuell stattfindenden Subdistrikts-Wahlen. Obwohl politische Parteien laut Verfassung nicht direkt an diesen regionalen Wahlen teilnehmen dürfen, können sie bestimmte Kandidaten gezielt unterstützen und dadurch Einfluss auf die Wahlen nehmen. Laut Medienberichten gehören 133 Kandidaten für das Amt als Subdistrikts-Vorsitzende der BNP, 165 der *Awami League* und 29 der *Jamaat-e-Islami* an. Während es bei den Subdistrikts-Wahlen zuvor um regionale Themen (insbesondere Landwirtschaft und Entwicklung) gegangen war, rückt nun der politische Machtkampf zwischen Regierung und Opposition in den Vordergrund. Die Oppositionsparteien, welche die vorangegangenen Parlamentswahlen boykottiert hatten, nehmen so nun indirekt an den Subdistrikts-Wahlen teil.

Gemeinsam gegen Gewalt an religiösen Minderheiten

In Gaibandha haben sich Lokalpolitiker der *Awami League* und der BNP gemeinsam gegen gewalttätige Übergriffe

auf Hindus eingesetzt. Die hinduistische Bevölkerung war in den Monaten vor der Parlamentswahl am 6. Januar 2014 immer wieder Opfer islamistischer Gewalt geworden. Als am Tag nach der zehnten Parlamentswahl wieder zahlreiche Häuser und Geschäfte von Hindus attackiert worden waren, formierten sich Menschengruppen, um die Häuser von Hindus zu beschützen. Daraufhin kam es zu einem Treffen verschiedener Lokalpolitiker, die sich auf eine Zusammenarbeit zum Schutz von religiösen und ethnischen Minderheiten und zur Nichttoleranz von politischer Gewalt verständigen konnten.

Höchststrafe für Waffenschmuggel

14 Personen sind am 30. Januar 2014 durch ein Sondergericht in Chittagong zum Tode verurteilt worden. Das Gericht befand die Männer für schuldig, im Jahr 2004 Granaten, Schusswaffen und Munition durch den Hafen von Chittagong geschleust zu haben. Diese waren laut Medienberichten für Rebellen Gruppen im Nordosten Indiens bestimmt. Von den insgesamt 52 Angeklagten wurden 38 Personen freigesprochen. Unter den Verurteilten sind Lutfozzaman Babar, der 2004 Innenminister war, und Matiur Rahman Nizami, damaliger Industrieminister. Nizami, der heute Vorsitzender der *Jamaat-e-Islami* ist, ist ebenfalls Angeklagter vor dem nationalen Kriegsverbrechertribunal. Der Prozess gegen ihn dauert an.

Zivilgesellschaft stellt sich vor Minderheiten

Gemeinsam gegen die Gewalt im Zuge der Parlamentswahlen

Peter Dietzel

Die Parlamentswahlen in Bangladesch Anfang Januar 2014 waren von gewalttätigen Ausschreitungen gegen Minderheiten überschattet. Siedlungen, Geschäfte und Gebetsstätten indigener Gruppen sowie bengalischer Hindus, Buddhisten und Christen gingen in Flammen auf. Hunderte Menschen wurden verletzt. Doch Tausende Dorfbewohner, Menschenrechtsaktivisten und nichtstaatliche Organisationen, darunter viele Partner von NETZ Bangladesch, stellten sich öffentlich gegen die Gewalt und schützten die bedrohten Menschen.

Auch viele Partnerorganisationen von NETZ Bangladesch sowie Dorfgruppen und Menschenrechtsräte setzten sich für den Schutz ihrer Mitmenschen ein. Im Distrikt Gaibandha bewachten Minderheitengruppen und andere Dorfbewohner Tag und Nacht ihre Region

und alarmierten die Menschen bei Gefahr. In Bogra wurden Friedensinitiativen von der Bevölkerung gegründet. Vorstände der Moscheen, Koranschulen und Tempel beteiligten sich ebenso wie Lokalpolitiker und viele Mitglieder der hinduistischen und muslimischen Gemeinden. Im Distrikt Jessore wur-

de ein Dorf angezündet, in dem Hindus leben; muslimische Dorfbewohner gaben den Familien Zuflucht in ihren Häusern. Im Anschluss errichteten nichtstaatliche Organisationen gemeinsam mit Vertretern der Regierungs- und Sicherheitsbehörden ein Feldlager zum Schutz der Familien.